

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einbezug 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstbetrieben.  
Verantwortlich für die Redaktion: J. B. Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 94

Dresden, Donnerstag, 23. April

1925

## Die Steuervorlagen im Reichsrat.

Konflikt zwischen Reich und Ländern.

Berlin, 22. April.

Der Reichsrat befaßte sich mit der Steuer- und Aufwertungsfrage. Das Steuerüberleitungsgezet wurde mit wenigen, von der Regierung gebilligten Abänderungen ohne wesentliche Rücksicht angenommen. Eine heftige Kritik mußte sich die Reichsregierung bei der

### Einkommensteuer

von dem Vertreter Badens gefallen lassen. Der Reichsrat hatte in der Hauptsache nur eine Milderung der Lohnsteuer vorgesehen; die Herabsetzung der Steuer um zwei Prozent findet schon bei dem dritten, nicht, wie von der Regierung vorgeschlagen war, bei dem vierten Rinde statt. Der Vertreter Badens erklärte nun, daß er für sein Land eine Erhöhung der Steuerleistungen bei den höheren Einkommen, eine Ermäßigung des Lohnabzuges auf 8 Prozent, eine Erhöhung der Körperschaftsteuer von 20 auf 25 Prozent, sowie eine stärkere Herabsetzung der Kriegs- und Inflationsgewinne verlangt habe, und er nahm diese Anträge wieder auf. Sie wurden jedoch gegen wenige Stimmen abgelehnt, worauf einige Abänderungsvorschläge der sächsischen Regierung.

Der Vertreter der Regierung Baden gab darauf folgende

### Erklärung

„Nach der Ablehnung unserer Anträge habe ich im Namen der badischen Regierung folgende Erklärung abgegeben: Durch die Erhöhung der Zölle in den Entwürfen des Einkommens-, Körperschafts- und Vermögenssteuergezetes und durch den Verzicht auf die Erhebung einer Vermögenszuwachssteuer wird der große Besitz stark entlastet und die Grundzüge sozialer Gerechtigkeit werden damit stark verletzt. Dies habe ich in der badischen Regierung verurteilt, die gesamten Gezehe überhaupt abzuschneiden. Wenn das nicht geschieht, so ist dafür nur die Hoffnung maßgebend, daß es gelingt, bei der Weiterberatung im Reichsrat das nachzuholen, was im Reichsrat nicht erreicht worden ist.“

Das Einkommensteuergesetz wurde nach einer weiteren Debatte angenommen, nachdem der Vertreter Bayerns keine wesentlichen Vorbehalte in der Frage der Steuerhöhe der Länder gemacht hatte. Ebenso auch

das Körperschaftsteuergesetz in der Ausschlußfassung Annahme. Das Reichsbewertungsgezet wurde ebenfalls angenommen, wobei Bedenken dagegen geäußert wurden, daß auf der Basis des Reichsbewertungsgezetes ermittelte Vermögenswerte auch den Ländern und Gemeinden zugrunde gelegt werden müßten.

Künftig wurde das Vermögenssteuergesetz angenommen.

Das Erbschaftsteuergesetz fand Annahme mit der Einschränkung, daß die in der Vorlage vorgesehene Steuerbefreiung von 5000 auf 10000 M. erhöht werden soll. Abkömmlinge von Kriegsestallenen sollen nach einem Antrag, der angenommen wurde, Erleichterungen bei der Erbschaftsteuer erhalten.

Der Gesetzentwurf zur Änderung der Vertriebssteuer wurde ebenfalls angenommen. Wegen die

Erhöhung der Biersteuer waren nach den Ausführungen des Reichstagesbedenken geltend gemacht worden. Trotzdem gelangte die Verbilligung der Biersteuer gegen die Stimmen von Bayern, Sachsen, Baden, Bremen, Anhalt und eines preussischen Provinzialvertreter zum Annahme. Auch gegen

die Tabaksteuer wurden schwere Bedenken geltend gemacht. Der Reichsrat lehnte dabei sogar einen Antrag der hessischen Regierung ab, der den durch die Besteuerung des Tabaks arbeitslos werdenden Facharbeitern eine besondere Unterstützung gewähren sollte. Die Tabaksteuer selbst wurde gegen eine starke Minderheit angenommen.

### In dem Gesetzentwurf über die gegenseitige Besteuerung der Länder und Gemeinden

wurde von den Ausschüssen eine wichtige Änderung durchgesetzt. Die Umsatzsteuer für Gas, Wasser- und Elektrizitätswerke sowie Schlachthöfe, die sonst eingetretet wäre, wurde gestrichen. Außerdem

sind die sogenannten Versorgungsbetriebe von der Körperschaftsteuerpflicht ausgenommen worden. Der Vertreter Bayerns stimmte gegen die Vorlage mit der Begründung, daß die Besteuerung der Länder- und Gemeindebetriebe auch nach der Abänderung noch in gewissem Umfange erhalten bliebe. Auch der Vertreter Sachsens lehnte die Vorlage ab, die aber mit Mehrheit angenommen wurde.

### Zum Konflikt zwischen Reich und Ländern.

Kam es bei der Beratung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Ministerpräsident Dr. Brüning führte als Berichtserstatler aus: „Wesentlich neu ist, daß der Entwurf

das Zuschlagsrecht der Länder und Gemeinden

zur Einkommen- und Körperschaftsteuer vorseht. Das hat nicht so sehr eine finanzielle Bedeutung, sie liegt vielmehr wesentlich auf psychologischen Gebiete. Es ist geteilt, das Verantwortungsgesühl und die Sparsamkeit in Ländern und Gemeinden wieder zu stärken. Den Ländern wird es ganz unmöglich sein, einen zureichenden Verteilungsschlüssel zu finden. Ferner müssen die Zuschläge ein starkes Gegenrecht finden durch einen weitgehenden Lastenausgleich der Länder für ihre Gemeinden. Ein völlig gleichmäßige Besteuerung erscheint als eine Utopie. Eine Sicherung gegen Überanreicherung der Zuschläge steht der Entwurf u. a. darin, daß die Zuschläge in allen Stufen gleich sein müssen. Solange Länder und Gemeinden die Zuschläge nicht beschließen haben, gilt als Zuschlag die Differenz zwischen dem bisherigen Reichtum und dem Normaltafel. Den Kosten der Schlichtungsanstalten und der Streitgerichtsbarkeit ist zugestimmt worden.

### Als Hauptdifferenzpunkt ist geblieben die Frage der Beteiligung an der Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Für das erste Halbjahr 1925 hat der Finanzausgleich die Sache geregelt. Für die weitere Zeit glaubt das Reich, daß die Länder mit einer geringeren Quote an Einkommen werden. Die Länder beanstanden nicht so sehr die von der Reichsregierung aufgestellte Bedarfsermittlung als vielmehr, daß ihnen die eigenen Bedingtmöglichkeiten vom Reich bei dem Reichsfinanzministerium angedrängt worden sind. Sie glauben, daß sie mit den ihnen vom Reich zugewiesenen Quoten nicht auskommen werden. Eine Einsparnis hätten sie für möglich durch eine schärfere Abgrenzung der Aufgaben von Reich, Ländern und Gemeinden. Die Reichsratsausschüsse beantragten, daß die Länder an der Einkommen- und Körperschaftsteuer weiterhin wie bisher mit 30 Proz. und an der Umsatzsteuer mit 75 Proz. beteiligt werden. Der Vorschlag der Reichsregierung ging dagegen nur auf 75 bez. auf 30 Proz.

Der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold beantragte, den Grundbeitrag der den Ländern zu überweisenden Umsatzsteuer zu einem Drittel nach dem Einkommen, zu zwei Dritteln nach der Bevölkerungszahl zu berechnen. Dieser Antrag wurde mit 46 gegen 20 Stimmen angenommen.

Bei der Frage der Verteilung der Steuern erklärte Reichsfinanzminister v. Schlieffen, daß die Reichsregierung bei ihrer Stellungnahme nur 75 Prozent an die Länder abführen zu können, verbleibe.

Was die Umsatzsteuer betreffe, so gehe der Wunsch der Länder dahin, 30 statt der bisherigen 20 Prozent zu erhalten. Dem könne die Reichsregierung ebenfalls nicht beitreten. Sie werde dem für das Jahr 1925 zustimmen, dagegen nicht für die Zeit vom 1. April 1926 ab, in der sie den Ländern aus der Umsatzsteuer nur 20 Prozent überweisen könne. Zutreffend sei, daß im Reichsrat die Erklärung abgegeben wurde, daß die Länder für das zweite Halbjahr ungefähr dasselbe bekommen sollten wie im ersten Halbjahr.

Da die Länder sich aber nun auf einen anderen Standpunkt gestellt haben und mit ihren Forderungen über diese Abgrenzung der Gelder hinwegsetzen, so fühle sich auch die Reichsregierung an ihrer Zusage nicht mehr gebunden, sondern müsse sich ihre Entschließung vorbehalten. Das sei bedauerlich, aber die Reichsregierung habe nicht den Anlaß zu einer Verschärfung dieser Differenz gegeben. Die Reichsregierung habe keinen Ausgleichsfonds für die Länder, die nicht so gut bei dem Finanzausgleich abfinden. Dagegen habe die Reichsregierung es auch früher immer als ihre Pflicht betrachtet, wenn ein Land

## Der Wahlkampf.

### Der Papst gegen ein Wahlmanöver des Reichsblocks.

Berlin, 22. April.  
Von einem Vorhaben aus Rom zurückgekehrt haben geistlichen Würdenträger wie der „Katholischen Korrespondenz“ u. a. geschrieben:

Der Mißbrauch, der vom Reichsblock und seinen Anhängern mit den Ausführungen getrieben wird, die aus dem Zusammenhang von Engelsküssen und Auftritten des Heiligen Vaters, Papst Pius XI. und seiner Vorgänger, entnommen sind, um den Heiligen Vater, die Kurie und katholische Kirche gegen den Kandidaten des Volksblocks, Herrn Reichsminister a. D. Marx, als Kronzeugen aufzuführen, hat

im Vatikan peinlichsten Eindruck und tiefste Verstimmung hervorgerufen. In wiederholten Besprechungen, die ich mit den maßgebendsten Herren der Kurie und dem Heiligen Vater selbst gehabt habe, kam immer wieder der Unwille über diese unsachliche und, wie mehrfach gesagt wurde,

unwürdige Wahlmanöver, zu deutlichem und auch lebhaftem Ausdruck. Der Vatikan, der sich mit äußerster Sorgfalt jeder Einmischung in innerpolitische Streitfragen der Völker, die nicht unmittelbar die höchsten Interessen betreffen, enthalten hat, empfindet es als eine Unbilligkeit, sondergleichen, ihn gegen einen Mann wie Marx, dessen treue katholische Gesinnung und hervorragende Charaktereigenschaften wohlbekannt sind, anspielen zu wollen.

Wie die „Germania“ aus Rom meldet, gab der Kardinalstaatssekretär Gasparri dem römischen Korrespondenten des Blattes folgende Erklärung ab:

Der Vatikan demotiviert kategorisch die Auslegung der deutschen Reichspressen, daß Äußerungen des „Observatore Romano“ über den Sozialismus irgendwelchen Zusammenhang mit der Reichspräsidentenwahl haben, oder daß der Heilige Stuhl sich irgendwie gegen die Wahl von Marx geäußert hätte. Der Heilige Stuhl greift in die innere Politik Deutschlands nicht ein, noch beabsichtigt er, solches zu tun.

### Maryens Wahlfeldzug.

Mannheim, 22. April.  
Im überfüllten Ridelungssaal des Großen Hofsaals sprach heute abend der Reichspräsidentenkandidat des Volksblocks Marx. Er führte u. a. aus:

Die Demokratie, auf der das Deutsche Reich durch die Weimarer Verfassung

ausgebaut ist, werde sich das Volk nicht mehr nehmen lassen. Seine Schlüsselaussagen klangen in den Ruf: „Für das Volk, mit dem Volk, für das Deutsche Reich, für die deutsche Republik! Dafür sollen unsere Kräfte, unser Leben, unser Wissen eingesetzt werden.“

Karlruhe, 22. April.  
Heute abend hielt der frühere Reichskämmler Marx hier eine Rede, in der er u. a. ausführte, spätere Geschichtsschreiber würden feststellen, daß die deutsche Republik der einzige nationale Staat Deutschlands

gewesen sei. Die Republik sei nicht ein Produkt der Revolution, sondern ein Schutz gegen die drohende Revolution gewesen. Die frühere Außenpolitik sei mit dem Schlagwort „Erfüllungspolitik“ verurteilt worden. Dennoch habe diese nationale Realpolitik erstaunliche und ersteinliche Eroberungen in den Reihen der früheren Gegner Deutschlands aufzuweisen.

Das nationale Ziel sei die deutsche Republik. Sie habe einen Anspruch auf Unterstützung durch alle, die das Deutschum am Leben erhalten wollten.

### Republikanische Riesentendgebung in Köln.

Köln, 22. April.  
Die republikanischen Parteien Kölns hatten ihre Anhänger am Mittwoch abend zu einer großen republikanischen Kundgebung auf dem größten Platz der Stadt, dem Neumarkt, zusammengerufen. 16 Redner sprachen gleichzeitig zu den Massen, die der Aufforderung, am kommenden Sonntag für den Kandidaten des Volksblocks an die Wahlurne zu treten, mit Begeisterung zustimmten. Die Zahl der Teilnehmer an dieser ruhig und geordnet verlaufenen Riesentendgebung, wie sie Köln bisher kaum je einmal gesehen hat und die durch ihre imponierende Größe tiefen Eindruck machte, wird übereinstimmend auf etwa 65000 Personen geschätzt. Mehrere Störungsbversuche kommunistischer Frontkämpfer konnten im Keime erstickt werden.

### Sparer und Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 22. April.  
Die Delegiertenversammlung des Hypothekengläubiger- und Sparerclubsverbandes hatte in ihrer Sitzung vom 4. d. M. beschlossen, den Mitgliedern im zweiten Wahlgange der Reichspräsidentenwahl die Stimmabgabe frei zu geben. Vorstand und Beirat des Verbandes haben nunmehr diesen Beschluß in ihrer gestrigen Sitzung endgültig bestätigt.



# Belagerungszustand in Bulgarien.

## Die Sobranjesitzung.

Sofia, 22. April.

Bei ihrem Erscheinen in der Sobranje wurde den Ministern eine langanhaltende Kundgebung bereitet. Der Ministerpräsident geißelte in einer Rede die Anschläge der Terroristen, die in einem Augenblicke verübt worden seien, da die Regierung neue Gegenabzugsmaßnahmen beabsichtige. Anschließend schloß die Sitzung des Innern die kommunistischen Umtriebe und wies darauf hin, daß Bulgarien Frieden und Ordnung zu sichern. Der Kriegsminister bat dann, dem Gesetze zuzustimmen, durch den der Belagerungszustand verhängt wird. Die Redner der verschiedenen politischen Parteien, darunter auch Bauernführer, versprachen, die Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu unterstützen. Der Belagerungszustand, dem der König bereits zugestimmt hatte, wurde sodann in erster Lesung von allen Parteien angenommen mit Ausnahme der Sozialdemokraten, die grundsätzlich Gegner von Ausnahmemaßnahmen sind.

## Tagesbefehl des Kriegsministers.

Sofia, 22. April.

Der Kriegsminister richtete einen Tagesbefehl an die Armee, in dem er sie auf die ihr zufallende Aufgabe hinwies, den Frieden zu sichern. Er erinnerte weiter an das gegen den König gerichtete Attentat und an das Verbrechen in der Kathedrale, wo Hunderte von Männern, Frauen und Kindern getötet worden seien. Weiter heißt es in dem Tagesbefehl: Behalten wir uns des Vertrauens würdig, das das Volk uns entgegenbringt. Um die edle und heilige Aufgabe besser erfüllen zu können, die der Armee zufällt, sind wir genötigt, alle guten bulgarischen Patrioten zur Wehrhilfe aufzurufen. Wir fordern die Gegner auf, die sinnlosen Heranzorderungen zu unterlassen, die nur die Zahl der Opfer vergrößern können.

## Auch ein Anschlag gegen den jugoslawischen Gesandten?

Sofia, 22. April.

Die Polizei hat den Gesandten Jugoslawiens verständigt, daß auch gegen ihn ein Attentat geplant sei. Zweck dieses

Attentats sei, einen Konflikt zwischen Jugoslawien und Bulgarien herbeizuführen.

Bei Rüststil kam es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen den Bauern und den Regierungstruppen, als diese angehende Bauern verhaften wollten. Es wird gemeldet, daß die Truppen dabei eine größere Anzahl Tote hatten.

## Verhaftung von Russen?

Gratz, 22. April.

Die „Tagesspost“ veröffentlicht eine Mitteilung aus Zeribrod, daß nach dort eingetroffenen Meldungen alle in Bulgarien weilenden Russen verhaftet worden sein sollen.

## Appell bulgarischer Emigrantenführer.

Belgrad, 22. April.

Die jugoslawischen Blätter veröffentlichten einen Appell der in Serbien lebenden bulgarischen Emigrantenführer an die Regierungen Amerikas, Englands, Frankreichs, Belgiens, Jugoslawiens und an alle Länder, worin sie energisch die Aufhebung der bulgarischen Regierung zurückverlangen, daß die emigrierten Bauern an dem Attentat in Sofia beteiligt seien. Sie fordern gleichzeitig in einem Rufwort an die gesamte zivilisierte Welt, daß diese der Willkürherrschaft in Bulgarien ein Ende mache und weiteres Blutvergießen vermeide.

## Erhöhung der bulgarischen Heeresstärke.

Paris, 23. April.

Die Botenpostenkonferenz hat nach dem Wunsche des internationalen militärischen Komitees in Versailles über die Fortsetzung Bulgariens auf Erhöhung des Heeres angeordnet. Der Unruhen dahin entschieden, daß die bulgarische Regierung ermächtigt wird, die Wehrmacht um 7000 Mann unter folgenden Bedingungen zu erhöhen: 1. Die Erhöhung des Heeresbestandes schließt keine Vermehrung des Kriegsmaterials in sich. Die notwendigen Waffen seien aus den vorhandenen Beständen zu entnehmen. 2. Das ergänzende Truppenkontingent müsse spätestens am 31. Mai entlassen werden. Diese Entlassung werde vorher mit acht Tagen Ankündigungspflicht gefordert werden.

seiner Stellung als Reichsaussenminister bei dem Untergang der „Drimuben“ sowie bei dem Tode des amerikanischen Präsidenten Wilson gespielt habe. Alle diese Verdächtigungen seien

Strasburger für die häufig schwankende Politik des Reichsaussenministers, die mit dem Ausbruch „Charakterlos“ nur sachlich gewürdigt wurde. Das Gericht beschloß nach längerer Beratung, die Beweisanträge abzulehnen, weil es die vorgebrachten Behauptungen der Verteidigung als wahr unterstellt. Auch der Staatsanwalt wandte sich gegen die Beweisanträge und beschränkte sich darauf, den Angeklagten nur wegen Vermaßeleidigung zu belangen. Das Gericht billigte dem Angeklagten nicht den Schuldsatz § 193 zu und verurteilte ihn wegen Vermaßeleidigung, besonders auch wegen des Ausdrucks „Charakterlos“ zu einer Geldstrafe von 200 M. Gegen das Urteil ist von der Verteidigung sofort Berufung eingelegt worden.

## Ein Thüringer Kommunistenprozess.

Leipzig, 22. April.

Vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts hatten sich am Dienstag und Mittwoch zwei Thüringer Kommunisten zu verantworten. Beiden Angeklagten wird zur Last gelegt, im Jahre 1923 in Jella-Wehlis und anderen Orten gemeinsam ein hochverräterisches Unternehmen geleitet und sich einer Raubfeindlichen Verbindung angeschlossen zu haben. Die Angeklagten wurden wegen Vergehen nach §§ 5 und 7 des Republikaschgesetzes und Weihilfe zum Hochverrat verurteilt und zwar Hauptangeklagter zu zwei Jahren vier Monaten Gefängnis und Spatz zu acht Monaten Gefängnis und je 300 M. Geldstrafe. Beiden Angeklagten werden vier Monate und die Geldstrafe auf die Untersuchungszeit angerechnet.

## Das Hochverratsverfahren gegen Dr. Gumbel eingeleitet.

Berlin, 22. April.

Wie erst jetzt bekannt wird, wurde gegen den Heidelberger Privatdozenten Dr. Gumbel ein Hochverratsverfahren eingeleitet. Grundlage waren die Reden, die er für die „Französische Liga für Menschenrechte“ im Oktober vorigen Jahres in zehn französischen Städten gehalten hatte. Die Anklage war auf Grund eines in der „Kölnischen Zeitung“ erschienenen Berichtes über seine Rede in Dijon erhoben worden. Dieser Bericht war mit der Überschrift „Ein Schandstück“ durch viele Blätter ge-

gangen. Danach hätte Gumbel u. a. von der Alleinschuld Deutschlands gesprochen und die deutsche Regierung des absichtlichen Betruges an der Reparationsfrage bezichtigt. Der Bericht entsprach aber nicht, wie in der Untersuchung festgestellt wurde, den Tatsachen. Das Verfahren wurde am 24. Januar d. J. eingestellt.

Gegen Dr. Gumbel schreibt auch noch ein Landeskammerverfahren wegen seines Buches „Die Verschwörer“. In diesem Verfahren ist es bisher noch nicht einmal zu einer Vernehmung gekommen. Da aber Dr. Gumbel vor einiger Zeit die im Zusammenhang mit diesem Verfahren bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmten Aktenstücke zurückbehielt, ist wohl auch mit der baldigen Einstellung dieses Verfahrens zu rechnen.

## Barmat haftunfähig?

Berlin, 22. April.

Zu der Angelegenheit Barmat hat der Untersuchungsrichter einem Antrage der Beileidigen stattgegeben, daß Henry Barmat durch den Spezialisten Professor Dr. Levin auf seine Haftunfähigkeit hin untersucht werden soll. Die Untersuchung wird nicht wie die bisherigen in Gegenwart eines Gerichtsarztes stattfinden.

## Vom bayerischen Kredit-Skandal.

München, 22. April.

Der Skandal in der Bayerischen Girozentrale bekommt nunmehr auch politische Färbung, und zwar durch die Person des verhafteten Geheimrats Douglas, der am Dienstag von Kriminalbeamten von Luzern nach München gebracht wurde. Douglas, der sich durch seine Vermittlungsgeschäfte zwischen verschiedenen Bankgesellschaften und der Bayerischen Girozentrale auf Jahre hinaus ein ungeheures Einkommen gesichert hatte, ist seit ungefähr sechs Jahren in München ansässig. Hier unterhielt er gute persönliche Beziehungen zu den „höchsten Kreisen“, so u. a. zu der Familie des Herzogs Karl Theodor in Bad Reuth. In diesen Gesellschaftskreisen gebildet er sich seit dem national bis auf die Knochen. Er zeigte nebenbei Interesse für Geschäfte aller Art, von Tee und Papirholz angefangen über den Güterhandel und Beförderungen bis zur Kreditvermittlung und Abfindung der Wittelsbacher. Besonders eng waren seine Beziehungen zu dem Separatistenführer Dr. Dorn in Wiesbaden, wo Douglas selbst mehrfacher Hausbesitzer war. Soweit Beziehungen zwischen Dorn und bayerischen Politikern bestanden haben (Straf Dolmer), sind sie fast ausschließlich auf diesen dunklen Geheimrat zurückzuführen.

München, 22. April. Die „Bayerische Staatszeitung“ erklärt, die Angelegenheit habe sich zu einer Krise ausgewachsen, die ihre Schatten bereits über das heimliche Wirtschaftsleben zu werfen beginne. Es stelle sich in dem weitverzweigten Kundenkreis einige Annäherung darüber ein, ob das Institut ohne ernstliche Schädigung aus den Wirren herbeigeführt werde. Gerüchte von neuerbornen Verhaftungen liegen bereits um. Die Zeitung der Girozentrale stelle sich auf den Standpunkt, daß sie im Augenblick die von der Regierung verfügte Revision nicht durch Veröffentlichungen fördern dürfe. Diese Auffassung, so schreibt die „Staatszeitung“, erscheine aber wenig reichhaltig. Denn die Untersuchung der Treuhändergesellschaft löse noch Wochen, vielleicht Monate dauern. Wie das Blatt weiter meldet, werde die Liquidation eines oberbayerischen Bankinstituts ebenfalls auf die Münchener Ereignisse zurückgeführt.

## Betrügereien eines Kapp-Putschführers.

München, 22. April.

Vor einigen Tagen wurde in München ein angeblicher Schriftsteller Karl Schmitzer wegen zahlreicher verübter Einleit-Schwindelverbrechen verhaftet. Wie sich jetzt herausstellt, ist dieser Schriftsteller, der sich fälschlicherweise dem Doktorhut bediente, aber ein ehemaliger Kappkämpfer ist, identisch mit dem bekannten Kapp-Putschführer, der es verstanden hat, sich während der letzten Jahre an verschiedene prominente Führer der Reichsparteien heranzumachen, mit denen er einen vertrauten Verkehr unterhielt. Es war ihm sogar gelungen, bis zum ehemaligen Kronprinzen Rupprecht in Audienz vorzubringen.

## Die Arbeitszeitregelung der Großindustrie.

Berlin, 21. April.

Zu Reichsarbeitsministerium hat eine Besprechung mit Vertretern der Großindustrie und der gewerkschaftlichen Spitzenverbände über die künftige gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in der Großindustrie stattgefunden. Nachdem sich die beiderseitigen Vertreter über die wirtschaftliche Lage der Großindustrie und über ihre Stellung zur Frage der Arbeitszeitregelung grundsätzlich auseinandergesetzt hatten, einigte man sich dahin, daß das Reichsarbeitsmini-

sein Austritten dem monarchistischen Gedanken in Bayern nicht übermäßig sein dürfte. „Was Generalfeldmarschall v. Hindenburg von der Annahme seiner Kandidatur über den Parteien gestanden haben, so ist er doch in diesem Wahlkampf in die politische Arena herabgestiegen und künftighin

als Parteimann der Rechten anzusprechen. Der Kandidat des Volksblocks, Marx, hat durch die Festigung der deutschen Erde und die Rettung der deutschen Wirtschaft von dem drohenden Zusammenbruch als Reichsführer sich um die wahrhaft nationale Sache des Vaterlandes besser verdient gemacht.

Da manche angeblich nationale Persönlichkeiten, die der Nation durch Fälschungsgelbstschaden.

## Hindenburg als Parteimann.

Breslau, 22. April.

Am Sonntag vormittag fand eine große Kundgebung aller Anhänger des Volksblocks auf einem der größten öffentlichen Plätze Breslavs statt, bei der Redner aller republikanischen Parteien sprachen und die außerordentlich wirkungsvoll verlief. Am Abend vorher sprach in einer großen öffentlichen demokratischen Versammlung der Berliner Polizeipräsident Dr. Friedensburg unter großer Beifall. Die Auffassung Hindenburgs habe, so äußerte er aus, die Frage „Republik oder Monarchie?“ erneut aufgeworfen. Es wäre falsch, in Hindenburg nur das große Symbol des Überwärtigen alten Feldherrn zu sehen. Hindenburg ist vielmehr nach seiner ganzen Vergangenheit ein Fortschrittler Mann.

In Straußburg hatte Hindenburg einmal schriftlich zugesagt, Vertreter linksgerichteter Parteien zu empfangen, aber wenige Tage nach dem Eingang des Schreibens erschien Herr v. Hindenburg persönlich und machte die Falschung Hindenburgs schuldig, mit der Begründung, man könne ihm nicht zumuten, sich anz seine alten Tage noch mit Demokraten und Sozialdemokraten an den Tisch zu setzen.

Die soll sich Hindenburg als Präsident der deutschen Republik verhalten, fragte Dr. Friedensburg, wenn er gezwungen ist, mit eben diesen Parteien über die schwerwiegendsten politischen Entscheidungen zu verhandeln? Hierin liegt die große politische Gefahr, daß nach der ganzen Entwicklung dieses Mannes die klassenmäßige Zersplitterung des Volkes in zwei Lager, die durch die Weimarer Verfassung beseitigt worden ist, wieder erfolgt.

## Wollte Hindenburg die Schweiz angreifen?

Genf, 22. April.

Die „Tribune de Genève“ schreibt: „Wollte Hindenburg die Schweiz angreifen?“ Das Blatt erklärt, daß die Schweiz im Januar 1917 Kenntnis von den deutschen Angriffsplänen erhielt, zu gleicher Zeit sein Truppenkonzentration in Baden beobachtet worden. Der Schweizer Bundesrat habe daraufhin weleinhalb neue Divisionen an der deutschen Grenze mobilisiert. Der französische Oberkommandierende Hoch sei damals beauftragt worden, mit dem Schweizer Generalstab eventuell ein Militärabkommen abzuschließen, das General Weingand Anfang März 1917 in Bern verweigerte. Gleichzeitig seien damals große Demonstrationen im Jura abgehalten worden, denen Offiziere Hoch in Zivil beiwohnten. Das deutsche Hauptquartier habe wegen dieser Vorbereitungen auf seine Schweizer Pläne verzichtet. — Das Blatt findet weitere Enthüllungen an.

## Ein Wahlschwindel geplant?

Berlin, 22. April.

Die sozialdemokratische Presse verbreitet folgende Warnung: Achtung! Augen auf Reichsblock-Schwindler! In Begleit, Flugblätter mit der gestrichelten Unterschrift der Sozialdemokratischen Partei gegen Marx für Otto Braun zu verbreiten. Laßt Euch nicht betören! Die ganze Sozialdemokratie wühlt am Sonntag Wilhelm Marx!

## Parlaments-Dispositionen.

Berlin, 22. April.

Die Tagesordnung für die nächste Sitzung des Reichstages, die am 28. April stattfindet, liegt jetzt vor. Es soll zunächst die zweite Beratung des Reichshaushaltsplanes beim Etat des Reichshaushaltsministeriums fortgesetzt werden. Ferner ist die zweite Beratung des von den Sozialdemokraten eingebrachten Gesetzentwurfs über die Wiederannahme des Verfahrens gegenüber Urteilen der bayerischen Volksgerichte auf der Tagesordnung. Dem Reichstage ist ferner ein Gesetzentwurf über das internationale Übereinkommen betreffend den Eisenbahnschrauberlehn nicht erlauternden Reichstag vorgegangen.

Der Rubrikentwurf des Reichstages nimmt seine Arbeiten gleichfalls am Dienstag wieder auf. Er will in die Besprechung der von der Regierung angeforderten Akten eintreten.

Der Reichsrat des Reichstages versammelt sich am Mittwoch nachmittags 1 Uhr, um über die Geschäftspläne des Reichstages zu beraten.

Der preussische Landtag tritt am 26. April zu einer Vollversammlung zusammen. Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die Regierungserklärung.

## Ermäßigung der Lohnsteuer?

Berlin, 22. April.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte den Reichsaussenminister in einem Schreiben ersucht, die Lohnsteuer mit Wirkung vom 1. Mai ab zu ermäßigen. Nunmehr ist die Antwort des Ministers eingegangen, in der erklärt wird, daß eine Ermäßigung über die Ermäßigung der Lohnsteuer nur vom Reichstage erfolgen könne, und zwar nach Vorlegung aller Steuererhebungswürfe. Man habe sich dann darüber schlüssig zu machen, ob Teilrücklässe als besonders dringlich notwendig erachtet werden sollen. Der Minister selbst trete dafür ein, daß bezüglich der Lohnsteuer dies zu geschehen habe.

## Beleidigungsprozess Stresemann gegen „Rheinische Zeitung“.

Köln, 22. April.

Vor dem erweiterten Kölner Schöffengericht hatte sich am Dienstag der Verantwortliche Redakteur der „Rheinischen Zeitung“, Trimborn, wegen Beleidigung des Reichsaussenministers Stresemann zu verantworten. Die Beleidigungen sind nach der Auffassung der Kölner Staatsanwaltschaft in einem Artikel enthalten, der in Abwehr gegen die Stresemannschen Angriffe auf die Sozialdemokratische Partei dem Reichsaussenminister den Vorwurf der politischen Charakterlosigkeit machte und bei dieser Gelegenheit von dem fleißigen Redeminiater gesprochen hatte. Er wurde außerdem als ein Gemisch von Staatsmannesgenie und Charakterlosigkeit bezeichnet.

Der angeklagte Redakteur, der von den Reichsanwälten Dr. Landsberg-Berlin und Dr. Marx-Köln vertreten wird, hatte zu dem Termin

einen umfangreichen Schreibentwurf gestellt, den gleich zu Beginn der Sitzung Reichsanwalt Dr. Landsberg in einer im Aufbau merkwürdigen, von zwingender Logik getragenen Rede begründete. Unter anderem stellte die Verteidigung unter Beweis, daß Stresemann sowohl in der inneren wie in der äußeren Politik in einer ganzen Anzahl von im einzelnen angeführten Fällen das Gegenteil von dem getan habe, was er zu gleicher Zeit öffentlich versprach. Landsberg erinnerte vor allem an die eigenartige Rolle, die Stresemann bei dem in Brandenburg des Bürgerblocks und in

terium zunächst mit den Parteien getrennt verhandeln wird. Das Reichsarbeitsministerium behielt sich vor, bei Vorliegen eines amtlichen Entwurfs über die künftige Regelung nochmals eine gemeinsame Beratung mit den Parteien abzuhalten.

**Friedrich Obert-Straße in Berlin.**

Berlin, 22. April.  
Dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung, die Budapester und Sommerstraße in Friedrich Obert-Straße umzuwidmen, stimmte heute der Berliner Magistrat zu. In der gleichen Sitzung wurde die Umbenennung des Kurfürstendamms zwischen Kaiser Wilhelm Gedächtnis-Büste und Cornelia-Büste in Budapester Straße beschlossen.

**Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.**

Berlin, 22. April.  
Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind, wie den Zeitungen mitgeteilt wird, nach der Osterpause noch nicht in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Die ersten Besprechungen der beiderseitigen Delegationsführer werden voraussichtlich erst am 27. d. M. in Paris beginnen. Daran werden sich wieder die Vorgespräche der Delegationen anschließen. Inzwischen haben in Paris nur in einer Unterkommission Besprechungen über die Formalisierung des Vertragstextes stattgefunden, die aber in keinem Zusammenhang standen mit den wichtigsten der in der Volldelegation zu behandelnden Punkte, nämlich der Frage der Zolltarifangelegenheiten. Die drei Warenlisten a, b und c sind Deutschland überreicht worden.

**Französisch-englische Ministerbesprechungen.**

Paris, 23. April.  
Der „Matin“ will wissen, daß der Außenminister Deland, vielleicht auch Ministerpräsident Painlevé, die Absicht hätten, sich alsbald nach London zu begeben, um sich mit der englischen Regierung über verschiedene schwebende Fragen zu besprechen. Es handle sich hierbei um die Militärkontrolle in Deutschland, ferner um die Räumung der Kölner Zone, von der das Blatt vermutet, daß sie bis dahin durch die Vorkonferenz geprüft sein werde. Ein weiterer Gegenstand der Besprechungen sei der Sicherheitspakt auf Grund der von Deutschland gewünschten Vorschläge.

**Painlevés Mehrheit.**

Paris, 22. April.  
Die Mehrheit, die in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch für die Regierung Painlevés gestimmt hat, setzt sich zusammen aus 132 Radikalen, 103 Sozialisten, 40 Republikanischen Sozialisten und 27 Mitgliedern der Radikalen Linken. Das Ministerium Painlevés hat etwa ein Dutzend Stimmen weniger erhalten, als das Ministerium Herriot bei ähnlichen Gelegenheiten auf sich zu vereinigen vermocht hat. Dieser Unterschied erklärt sich daraus, daß von den 41 Mitgliedern der Radikalen Linken, der Gruppe Doumerg, 7 gegen die neue Regierung gestimmt und drei weitere sich der Stimme enthalten haben. Bei der entscheidenden Abstimmung über die Vollständigkeit der Tagesordnung hatten etwa 20 Abgeordnete der beiden republikanischen Mittelgruppen, die sich weder für noch gegen das neue Ministerium zu entscheiden vermochten, weiße Zettel abgegeben.

**Herriot Kammerpräsident.**

Paris, 22. April.  
In der heutigen Kammer Sitzung wurde zur Wahl des Kammerpräsidenten geschritten, da dieser Posten durch die Wahl Painlevés zum Ministerpräsidenten frei geworden ist. Nach einem längst angenommenen Gesetz hat die Wahl durch öffentliche Abstimmung auf der Tribüne zu erfolgen. Die Opposition nahm an der Abstimmung nicht teil, da sie keinen Kandidaten aufgestellt hatte. Der ehemalige Ministerpräsident Herriot ist der Kandidat der Linken. Die erste Abstimmung verlief ergebnislos, da nur 291 Abgeordnete daran teilnahmen. Es fehlten also noch 13 Stimmen an der verfassungsmäßigen Zahl derer, die abstimmen müssen. Inzwischen fand in einem Nebenraum des Sitzungssaales die Ersatzwahl für die zu Staatssekretären ernannten Mitglieder des Kartells der Linken statt, die den Posten von Sekretären der Kammer begleitet hatten. Die Wahl fiel auf die Abgeordneten Gastin und Politkov. Die Sitzung mußte 4 Uhr 25 Min. geschlossen werden, da zur Vorahme eines zweiten Wahlganges die Einberufung einer neuen Sitzung notwendig ist.

Die neue Sitzung wurde lang darauf eröffnet. Im Verlaufe der Abstimmung erreichte sich ein Zwischenerfolg. Der der Opposition angehörende Abg. Salomont stellte sich hinter die Sekretäre, um deren Arbeiten zu kontrollieren. Dies ist nach der Geschäftsordnung nicht gestattet. Der Vizepräsident der Kammer forderte Salomont auf, die Sitze des Bureau zu verlassen. Dieser weigerte sich jedoch. Einige linksstehende Abgeordnete begaben sich ebenfalls auf die Tribune. Es kam zu einer Schlägerei zunächst unter

**Die Urteilsbegründung im Tschekaprozeß.**

Leipzig, 22. April.

In der Begründung des gestern bereits mitgeteilten Urteils führte der Vorsitzende unter anderem aus:

In der Hauptverhandlung, die nunmehr zehn Wochen gedauert hat, ist folgender Sachverhalt festgestellt worden:

Die kommunistische Partei ist nur die Sektion einer großen Partei der Dritten Internationale, die ihren Sitz in Moskau hat. Die kommunistische Internationale hat sich zum Ziele gesetzt,

die Verfassung zu stürzen und eine Rätereierung nach russischem Muster zu errichten.

Dieses Ziel sollte mit allen Mitteln erreicht werden, und zu diesem Zwecke sind Ruffen nach Deutschland gesandt worden, um den Aufstand zu organisieren.

Im September 1923 sollte dieses Ziel erreicht werden. Dazu wurde die Gründung von neuen Organisationen vorgenommen, und die kommunistische Partei entwickelte sich zu einer staatsfeindlichen Partei. Es wurden

Handwerkstätten nach militärischem Muster aufgebaut und Ernährungsleiter, Waffenleiter usw. eingesetzt. Die Bewegung hatte dazu geführt, daß die kommunistische Partei am 20. November 1923 verboten wurde. Die Partei arbeitete aber weiter und wurde zu einer geheimen Verbindung. Jeder, der während der illegalen Zeit für die Partei tätig war, mußte wissen, daß er sich strafbar machte. In dieser Verbindung ist besonders festgestellt worden, daß

der Vorstand der kommunistischen Partei, es habe sich nur um eine Abwehr gegen rechts gehandelt, widerlegt ist. Unter diesem Vorwand wollte diese Partei der Republik den Schaden geben, um die Sowjet Herrschaft in Deutschland zu errichten. Vom Gericht ist es als wahr unterstellt worden, daß eine große Gefahr von rechts bestand.

Demzufolge sind die Beweisanträge abgelehnt worden, aber die Verteidigung wurde nicht beschränkt. Die Zeugen, die nicht vereidigt wurden, erschienen dem Gericht

in wenigen Abzweigungen. Später beteiligten sich an dieser Schlägerei mehr als 100 Abgeordnete, sodaß die Saalwärter nicht in der Lage waren, die Ruhe wieder herzustellen. Der Präsident unterbrach deshalb die Sitzung.

Herriot ist im zweiten Wahlgang mit 266 von 267 abgegebenen Stimmen zum Kammerpräsidenten gewählt worden. Die Opposition hatte sich, wie beim ersten, so auch beim zweiten Wahlgang der Stimme enthalten. Die Kammer hat sich hierauf auf morgen nachmittag vertagt.

**Der englische Haushaltplan.**

London, 22. April.

Im Mittelpunkt des heute abgehaltenen Ministerrats stand ein Vortrag Churchill's über den Haushaltplan, den er am nächsten Dienstag im Parlament einzubringen beabsichtigt. Die letzte Entscheidung wird jedoch erst ein außerordentlicher Ministerrat am nächsten Montag bringen. Es gilt indes nunmehr als sicher, daß im Haushaltplan für Einkommen unter 40000 M. eine Steuerermäßigung von 11 bis 20 Prozent vorgesehen ist, und daß Churchill die Rückkehr Englands zum Goldstandard verhängen wird. Die W.B. hat durch die bereits erfolgte Steigerung des Sterlingfußes in New York dieser Ankündigung schon vorgegriffen.

**Ein Komplott gegen den spanischen Diktator.**

Madrid, 22. April.

Die spanische Polizei ist einem Komplott zur Ermordung des Diktators Primo de Rivera auf die Spur gekommen. Das Zentrum der Verschwörung soll Malaga sein. Die Polizei hat bereits zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

**Die polnisch-tschechoslowakischen Verträge unterzeichnet.**

Warschau, 22. April.

Heute Abend haben der polnische Außenminister Skapski und der tschechoslowakische Außenminister Bensch den Handelsvertrag, das Schiedsgerichtskommen und den Liquidierungsvertrag unterzeichnet.

**Massenverhaftungen im Wilna-Gebiet.**

Warschau, 22. April.

Die polnische Polizei entfaltete in letzter Zeit eine außerordentliche Tätigkeit gegen die litauische Bevölkerung des Wilna-Gebietes. So wurden in den vergangenen Tagen nicht weniger als 1368 Personen verhaftet, weil sie angeblich Mitglieder von Geheimorganisationen sind, die den Zweck verfolgen, im Wilna-Gebiet Koffstände vorzubereiten.

als der Teilnahme verdächtig. Es sind eine ganze Reihe von Urkunden vorgelegt worden, welche die Ziele der kommunistischen Partei bekräftigen. Im September 1923 hat die Partei in Berlin

ein Revolutionärskomitee gebildet. Von ihm wurde alles zu einem inneren Kriege vorbereitet, wie Zerschlagungs-, Ernährungs- und Waffenabteilung usw. Geplant wurden diese Einrichtungen

mit fremder Währung, die aus Rußland kam. Große Summen Dollars wurden auf der russischen Botschaft abgehoben. Es wurde die Tscheka nach russischem Muster gebildet und der Russe Stobolewski gab Befehl dem Führer dieser Gruppen, dem Angeklagten Reumann, Spigel, Prokoptsew und prominente Personen des Staates zu töten. Die Partei hat den individuellen Terror auf ihre Fahnen geschrieben. Die Tscheka war ein hervorragendes Instrument zur Verwirklichung der Ziele der Partei.

Maier beschaffte die Waffen und Sprengstoffe. Es wurde auch mit Giftstoffen gearbeitet. Das Auto der Führer Leonie Mörner. Alle wurden mit falschen Pässen ausgerüstet, welche in der kommunistischen Parteizentrale hergestellt wurden. Der erste Auftrag war

die Ermordung des Generals v. Seeckt.

Es folgten dann die Fälle Stinnes, Borjig, Raufsch usw. Im Falle Raufsch liegt der Vorfall der Tötung vor.

Der Vorsitzende schloß dann noch die einzelnen Funktionen, welche die Angeklagten in der Partei innehaben. Die Angeklagten Stobolewski, Reumann und Poewe haben sich des Norddeutschen Reiches zum Nord, Borchmann nach § 5 und 7 des Republikaschutzgesetzes schuldig gemacht, die Angeklagten Szon, Margies und Maier der Vorbereitung zum Nord und Borchmann nach § 7 des Republikaschutzgesetzes, alle anderen Angeklagten des Hochverrats und der Vorbereitung zum Hochverrat.

**Hungernot in der Ukraine.**

Kiew, 22. April.

Vor einigen Tagen hat der Vorsitzende des ukrainischen Roten Volkskommissariats Vertretern der Presse (in „Rommunist“ vom 12. April) die Mitteilung gemacht, daß in der Ukraine insgesamt 5 Millionen Menschen von der Nahrung betroffen seien. Von diesen 5 Millionen fehlt es 2 Millionen am nötigen Brot. Schon im Dezember litten sie Hunger. Seitdem sei aber die Not von Tag zu Tag gestiegen. Sie hat augenblicklich ihren Höhepunkt erreicht. Allein die Zahl der hungernden Kinder im Alter unter 12 Jahren betrage eine Million. Die Hilfsleistung genüge in keiner Weise.

So sieht es in der Ukraine aus. Nicht anders liegen die Dinge in den übrigen, von der Hungernot betroffenen Teilen Rußlands. Das was schon im Herbst vorigen Jahres voranzugesehen. Die Sowjetregierung erklärte damals stolz, sie würde mit eigenen Kräften mit der drohenden Hungernot fertig werden. Wie eine Ironie klingt unter solchen Umständen der Ruf eines irdischen Kommunisten in der Presse: „Die Sowjetregierung möge den hungernden Iulandern Getreide schicken“. Die amerikanische und europäische Demokratie schaue aber diesmal untätig dem Ruin Hunderttausender von Menschen zu.

**Riffabylon-Einfall in Französisch-Marokko.**

Paris, 23. April.

Wie eine im „Journal“ veröffentlichte, vom 20. d. M. datierte Nachricht aus Casablanca besagt, sind Riffabylonen in das unterworfen Gebiet der Beni Beual eingedrungen, haben die Moschee niedergebrannt und den französischen Posten Elad Racem umzingelt. Der Generalstab hat sofort die notwendigen Maßnahmen getroffen. Der Gouverneur von Algerien hat vier Bataillone in diese Gegend entsandt.

**Ämtliche Devisenkurse.**

Berlin, am 23. April 1925.

Notierungen in Mark.

Telegraphische Notierungen auf:	23. 4.	22. 4.	21. 4.	20. 4.
Amerikan. 100 Goldfr.	167,50	168,01	167,82	168,26
Belgisch 100 Goldfr.	1,027	1,011	1,026	1,022
Brasilian. 100 Goldfr.	21,17	21,23	21,10	21,25
Österr. 100 Goldfr.	68,95	68,54	68,51	68,80
Japan. 100 Goldfr.	77,48	77,28	77,55	77,75
Polnisch 100 Goldfr.	113,04	113,30	113,06	113,34
Portugies. 100 Goldfr.	10,56	10,80	10,961	10,921
Russisch 100 Goldfr.	17,28	17,24	17,34	17,28
Schwed. 100 Goldfr.	30,118	30,168	30,137	30,187
Swiss 100 Goldfr.	4,266	4,266	4,266	4,266
West. Afr. 1 Dollar	21,775	21,826	21,62	21,66
West. Afr. 100 Goldfr.	81,19	81,30	81,20	81,40
West. Afr. 100 Goldfr.	59,97	60,13	60,07	60,23
West. Afr. 100 Goldfr.	20,395	20,445	20,325	20,375
West. Afr. 100 Goldfr.	1,763	1,767	1,768	1,772
West. Afr. 100 Goldfr.	0,437	0,433	0,437	0,439
West. Afr. 100 Goldfr.	59,175	59,215	59,075	59,215
West. Afr. 100 Goldfr.	12,435	12,475	12,435	12,475
West. Afr. 100 Goldfr.	6,735	6,735	6,735	6,735
West. Afr. 100 Goldfr.	5,813	5,833	5,815	5,835
West. Afr. 100 Goldfr.	3,065	3,065	3,065	3,065
West. Afr. 100 Goldfr.	70,80	70,60	70,85	70,65

**Aus Sachsen.**

**Der Niedergang der kommunistischen Partei.**

Der Stadtverordnete Richter in Rostock, der einzige kommunistische Vertreter in der Bezirksversammlung, ist zur S. P. D. übergetreten. Mit Richter verliert die kommunistische Partei in Rostock ihren einzigen Richter. Im Siebenlehn ist der kommunistische Stadtvorordnete Leißner zur S. P. D. übergetreten. Man sieht: die Auslösung der S. P. D. in Sachsen geht mit unglaublicher Geschwindigkeit vor sich. Von 500 einstigen Stimmen in Siebenlehn sind sie auf 66 angelangt, und in Rostock haben sie noch 409 erhalten.

Der kommunistische Gemeindeverordnete Bruner in Coswig hat sich der sozialdemokratischen Fraktion angeschlossen.

Aus Bernsdorf bei Glauchau wird gemeldet, daß dort die S. P. D.-D. Gruppe existieren ist: der Gemeindeverordnete H. Dörfler erklärte seinen Austritt aus der S. P. D. und hat sofort in die S. P. D. ein. Eingeschriebene Mitglieder der S. P. D. gibt es in Bernsdorf nicht mehr.

**Fleischbeschau - Tierarztes**

zu besetzen. In Frage kommen nur appr. Tierärzte mit hinreichender Erfahrung auf dem Gebiete der Fleischbeschau. Besetzung nach Gruppe X, Ord. B. der staatl. Besoldungsordnung. Aufgebotsberechtigung auch für die Tierbesenben.

Gesuch mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis 4. Mai d. J. erbeten vom

Rat der Stadt Freital.

**Baugewerkschaften**

Wegen Erweiterung unserer Kleinfinderbauweise wird für sofort eine Kinderergänzerin gesucht. Die Besetzung erfolgt zunächst nach Gruppe IV, Ord. Klasse B.

Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind umgehend einzureichen. 474

Leipzig, am 21. April 1925.

**Der Stadtrat**

Jugend- und Wohlfahrtsamt

**Beamtenanwärter**

für die Verwaltung zum sofortigen Eintritt gesucht. Besetzung nach staatlichen Sätzen, Ord. Klasse II. Bewerber, nicht über 18 Jahre alt, wollen Bewerbe mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis spätestens 2. Mai d. J. hier einreichen. 495

Langenrück, am 22. April 1925.

**Der Gemeinderat.**

Die Oberhauer Anthracit-Werke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oberhauer sind lt. Gesellschaftsvertrag am 30. Januar 1925 aufgelöst und in Liquidation getreten. Die Gläubiger werden aufgefordert, etwaige Ansprüche an die Gesellschaft geltend zu machen. 422

**Oberhauer, am 18. 4. 1925.**

**Oberhauer Anthracit-Werke Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation.**

Die Liquidatoren: E. Ortloff, Oberhauer, Bahnhofstr. 19. W. G. Siebertz, Berlin-Rankow, Leipzig, Straße 6a. Adolf Spberg, Berlin-Wilmersdorf, Humburger Str. 12.

**Tageskalender.**

Freitag, 24. April  
Staatstheater.  
Opernhaus.  
6. Symphoniekonzert  
Reihe B. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Ende 9 Uhr.  
Sonnenabend (außer Anrecht): Garmen. (Dr. B. Nr. 8529-8616. — U.-B.-B. Nr. 1 Nr. 3171 bis 3220.) Anfang 7 Uhr.  
Ende nach 10 Uhr.  
Schauspielhaus.  
Kreischreide A: Die es auch gefällt. (Dr. B. Nr. 3139-3162. — U.-B.-B. Nr. 1 Nr. 3351 bis 3370.) Anfang 7 1/2 Uhr.  
Ende 9 1/2 Uhr.  
Sonnenabend (Kreischreide A): Weder. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Ende gegen 10 Uhr.

**Neuquäbler Schauspielhaus.**

Blauquä. (U.-B.-B. Nr. 1 Nr. 301-600 u

**Neues Theater.**

Kreischreide. (U.-B.-B. Nr. 10501-10690.) Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.  
Sonnenabend: Staatskrieg. (U.-B.-B. Nr. 10691 bis 10880.) Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

**Refidenztheater.**

Gräfin Mariza. Anf. 7 1/2 Uhr. Ende nach 11 Uhr.  
Sonnenabend: Dieselbe Vorstellung (L. 125. Male).

**Centraltheater.**

Abendstück 7 1/2 Uhr: Gesamtschauspiel des Theaters in Berlin mit der Revue: Koch und Koch.

**Familiennachrichten.**

Gestorben: Hr. Fabrikbesitzer Rudolf Schulze in Dresden; Hr. Alfred Pappsch (30 J.) in Dresden; Hr. Carl Eduard Richter, priv. Fleischmeister (79 J.) in Dresden; Hr. Friedrich Bernhard Schulze, Staatsanwalt-Gemeindevorstand (75 J.) in Dresden; Frau Amalie Auguste Glau (75 J.) in Dresden; Frau Annalie Auguste Glau geb. Jansenfeld (76 J.) in Dresden; Frau Helmine verzm. Vogel, geb. Kemnitz (79 J.) in Dresden; Hr. Carl v. Dehmichen, Rittersgutsbesitzer auf Scharfenberg (46 J.).

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quelle anzugeben.

Für den Angelegenheit verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat W. Allet in Dresden.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.



